



Fraktion im Bezirksausschuss 19
Thalkirchen - Obersendling - Forstenried
Fürstenried - Solln

München, 30.03.2021

**Stellungnahme der CSU-Fraktion im Bezirksausschuss 19 zum
Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 1930d
„Campus Süd“**

Vorwort

Der Bezirksausschuss 19 bedankt sich beim Referat für Stadtplanung und Bauordnung für die gewährte Fristverlängerung und für die mündliche Beantwortung zahlreicher Fragen, die beim Bearbeiten des Beschlusssentwurfes und der Erarbeitung dieser Stellungnahme entstanden sind.

Bürgerbeteiligung

Das gemäß § 13a Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) vom 01.06.2016 bis 15.06.2016 durchgeführte Verfahren für die Öffentlichkeit erbrachte zahlreiche kritische Äußerungen, insbesondere zur Lage der Hochhäuser. Obwohl seit diesem Verfahren die Baumasse um ca. 35 % erhöht worden ist, ist nach Auskunft des Referats für Stadtplanung und Bauordnung rein rechtlich gesehen keine Wiederholung der Bürgerbeteiligung notwendig. Diese Auffassung teilt der Bezirksausschuss 19 nicht, da die vorliegende Beschlussvorlage vom finalen Wettbewerbsergebnis massiv abweicht.

Nachdem es bereits im Jahr 2015 von den benachbarten Bürgerinnen und Bürgern zahlreiche kritische Einwände gab, ist nunmehr aufgrund der erhöhten Baumasse mit zusätzlichen Einwänden zu rechnen. Der Bezirksausschuss 19 erwartet, dass die LH München auf sämtliche Einwände der Bürgerinnen und Bürger im weiteren Planungsprozess umfassend eingehen wird.

Sabine Gründlinger, Ricarda Hagemann, Dominik Kunkel (Sprecher; ba19@dominik-kunkel.de), Claudia Küng (Stellv. Sprecherin),
Rosemarie Merkl, Beate Meyer, StRin Veronika Mirlach, Rosmarie Rampp, Dr. Ludwig Weidinger, Reinhold Wirthl, Dr. Rudolf Zirngibl

...

Mobilität

Stellplätze

Die Stellplatzverordnung (1 Stellplatz pro Wohneinheit) ist zwingend einzuhalten, da im öffentlichen Straßenraum schon heute zu wenige Parkplätze zur Verfügung stehen.

Die Aufteilung der Tiefgaragenstellplätze in vier voneinander getrennte Bereiche und die Anordnung der Zufahrten ist konzeptionell gut. Allerdings sieht der Bezirksausschuss 19 bei den insgesamt drei Ein- und Ausfahrten zur Siemensallee (zwei aus dem Bebauungsplangebiet und eine aus dem Siemens-Hochhaus) erhebliche Probleme. So wird weder schlüssig erklärt, wie eine unzumutbare Blockierung des Radweges verhindert werden kann, noch wo Platz für eventuelle Abbiege- oder Einfädelspur auf der Siemensallee ist.

Die Planung sieht vor, dass 140 der im öffentlichen Raum verfügbaren Stellplätze für das Neubaugebiet zur Verfügung stehen, ohne dass neue Parkplätze geschaffen werden. Im Gegenteil, es fallen durch die Gestaltung von Ein- und Ausfahrten zu den Tiefgaragen (Sichtbeziehungen, Abbiegespuren, etc.) weitere Stellplätze weg. Fakt ist auch, dass die vorhandenen öffentlichen Stellplätze bereits jetzt durch Anwohner, Gewerbe und deren Besucher (über)belegt sind.

Es müssen sowohl für Besucher als auch Anwohner ausreichend Fahrradabstellplätze zur Verfügung gestellt werden. Die Fahrradabstellplätze für Anwohner sind entweder in einer Tiefgarage oder oberirdisch durch überdachte Abstellplätze einzuplanen. Hierbei sind geräumige Zufahrten für Lastenräder zu errichten.

Verkehrssicherheit

Der Geh- und Radweg an der Westseite des Planungsgebiets sollte eine Signalisierung über die Siemensallee bekommen, um eine sichere Querungsmöglichkeit für Fußgänger und Radfahrer zu gewährleisten.

Der Geh- und Radweg in der Hofmannstraße zwischen Kistlerhofstraße und Boschetsrieder Straße soll bereits gemäß Stadtratsbeschluss nach aktuell gültiger Norm ausgebaut werden. Der Bezirksausschuss fordert, dass auch der daran anschließende südliche Teil der Hofmannstraße sicher für Fußgänger und Radfahrer ausgebaut wird.

Die Kreuzung Hofmannstraße / Kistlerhofstraße ist neu zu konzipieren und mit einer Signalanlage auszustatten.

Bei den Ein- und Ausfahrten zur Siemensallee muss der motorisierte Verkehr einen getrennten Geh- und Radweg überqueren, der nicht nur als Schulweg genutzt wird, sondern auch eine wichtige Radwegverbindung von Süden in die Stadt darstellt. Hier ist bei der Ausgestaltung ein besonde-

res Augenmerk auf die Sicherheit der Fußgänger und Radfahrer zu legen. Es ist auch darauf zu achten, dass die Fahrzeuge nach dem Ausfahren aus der Tiefgarage nicht den Geh- und Radweg blockieren während sie an der Sichtlinie warten müssen, um in den fließenden Verkehr einzufahren. Der Bezirksausschuss erwartet hierzu ein schlüssiges Konzept.

Elektromobilität

In den Tiefgaragen sind ausreichend Hochvolt-Ladestationen für Elektrofahrzeuge zu errichten.

ÖPNV

Der Bezirksausschuss 19 fordert eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Nahverkehrs im Umgriff des Bebauungsplangebietes.

Städtebau

Baumasse – Erhöhung der Geschossfläche von 114.000 m² auf 154.000 m²

Der Bezirksausschuss kann eine Erhöhung in dieser immensen Größenordnung nicht nachvollziehen. Es darf sich nicht auf höheres Baurecht bei gewerblicher Nutzung berufen werden, da bei Wohnbebauung höhere Anforderungen, z.B. bezüglich Belichtung und Freiflächen, gestellt werden.

Der Auswahl des Siegerentwurf lag ein niedrigeres Bauvolumen zugrunde. Eine Fortschreibung des Siegerentwurfs auf ein um 35 % erhöhtes Volumen stellt die Auswahl des Siegerentwurf grundsätzlich in Frage. Andere städtebauliche Lösungen dürften bei dieser Baumasse durchaus geeigneter sein.

Gewerbe

Eine ausreichende Nahversorgung mit Gütern des täglichen Gebrauchs ist langfristig (auch über Eigentümerwechsel hinaus) sicherzustellen. Daneben sollen kleine Handwerksbetriebe bevorzugt angesiedelt werden.

Umwelt

Artenschutz

Der Bezirksausschuss 19 bedauert, dass das Artenschutzgutachten noch nicht vorliegt und deshalb in die Stellungnahme nicht einfließen kann. Er erwartet, dass das Artenschutzgutachten unmittelbar nach Erstellung übermittelt wird und er die Möglichkeit zur Stellungnahme erhält.

Wertstoffinseln und Recycling

Der Bezirksausschuss 19 fordert die Anordnung der Wertstoffinseln bereits frühzeitig festzulegen und dabei tragfähige Standorte auszuwählen. So ist der im Plan eingezeichnete Standort an der Siemensallee am südwestlichen Ende des Planungsgebietes mit Einwurf unmittelbar an einem viel befahrenen Radweg aus Sicht des Bezirksausschusses nicht genehmigungsfähig.

Biotope

Die Biotopflächen im Siemenswäldchen sind ökologisch erhaltenswert. Mit der Bebauung wird der Nutzungsgrad des Siemenswäldchens deutlich zunehmen. Es wird gefordert, die Biotope durch geeignete Maßnahmen dauerhaft zu schützen.

Soziales

Öffentlich geförderter Wohnungsbau

Es muss gewährleistet sein, dass mindestens 30 % der Gesamtwohnfläche als geförderter und sozialorientierter Wohnraum dauerhaft zur Verfügung steht.

Bildung

Noch bevor die Wohnungen des Campus Süd bezugsfertig werden, ist sicherzustellen, dass nachweislich ausreichend Kindergarten- und Grundschulplätze in unmittelbarer Nähe sowie Plätze in den weiterführenden Schulen zur Verfügung stehen.

Kultur

Im Areal soll ausreichend Platz für ein gesellschaftliches Miteinander von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen geschaffen werden.

Die CSU-Fraktion im Bezirksausschuss 19